



AUSSENSICHT

Alexandra Weiss kritisiert Arbeitsminister Martin Kocher und seine Arbeitsmarktpolitik.

Krisenpolitik gegen die Beschäftigten

Obwohl 2022 unter Expertinnen und Experten als das Jahr der Pleitewellen gilt, möchte Arbeitsminister Kocher den Beitrag der Unternehmen zum Insolvenzentgelt-Fonds um die Hälfte kürzen. Die Lohnnebenkosten sollen gesenkt werden, um einen Impuls für mehr Jobs zu schaffen. Nun wurde schon die Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 23 Prozent ab 2023 beschlossen. Die Einschätzung solcher Maßnahmen fällt freilich je nach Wirtschaftsinstitut unterschiedlich aus. Einig ist man sich aber, dass, wenn damit überhaupt ein Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu erzielen ist, dieses sehr gering ausfällt.

In den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe von Lohnnebenkosten gesenkt – zulasten der Beschäftigten, denn sie sind Grundlage unseres so-

„Es wird Druck auf die Beschäftigten ausgeübt. Damit werden Probleme am Arbeitsmarkt individualisiert und auf Einzelne überwältzt.“

zialen Netzes, das so immer großmaschiger wird. Während Unternehmen Steuerentlastungen mit wenig Effekten für die Gesamtwirtschaft erwarten können, wird bei den abhängig Beschäftigten allenfalls die kalte Progression ausgeglichen. Aber auch Unternehmen

profitieren nicht gleichermaßen.

Die Signale des Arbeitsministers an die Beschäftigten deuten in Richtung einer weiteren Verunsicherung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen: von der Senkung der Lohnnebenkosten über die Streichung von Zuverdienstmöglichkeiten während der Arbeitslosigkeit bis hin zu degressivem Arbeitslosengeld. Es wird Druck auf die Beschäftigten ausgeübt. Damit werden Probleme des Arbeitsmarktes individualisiert und auf die Einzelnen abgewälzt, anstatt das Problem strukturell anzugehen.

Kocher vertritt eine Politik, die gescheitert ist. Nicht nur, weil sie eine Zunahme sozialer Ungleichheit bringt, sondern auch, weil sie ökonomisch wenig sinnvoll ist. Es ist die Wiederholung einer ewig gleichen neoliberalen Krisenpolitik, die gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet und demokratische Standards untergräbt.

Anstatt Investitionen im Sozialbereich immer nur als Belastung fürs Budget zu betrachten, braucht es eine Politik, die nicht nur das soziale und demokratische, sondern auch das ökonomische Potenzial von Sozialinvestitionen erkennt. **Alexandra Weiss**, Politikwissenschaftlerin, Innsbruck